

Wahlprüfsteine

Antworten des AfD-Kandidaten Frank Senger

1. Verwaltung

1.1 Werden Sie als Oberbürgermeister das Klimaziel 2040 zur ressortübergreifenden Chefsache erklären und das Klimaschutzmanagement institutionell und personell stärken? Welche konkreten Schritte planen Sie dazu in den ersten zwölf Monaten Ihrer Amtszeit?

Nein. Chefsache ist für mich, den städtischen Haushalt zu sanieren und die städtischen Investitionen, insbesondere in Schulen und Infrastruktur, hoch zu halten.

Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere CO₂-Vermeidung durch weniger wirtschaftliche Aktivität, halte ich für falsch. Worms kann sein Mikroklima beeinflussen, aber nicht das Weltklima.

Richtig finde ich Klimaanpassungsmaßnahmen, dafür brauchen wir eine starke Wirtschaft. Nur eine starke Wirtschaft schafft uns Bürgern, den Kommunen wie der Stadt Worms und dem Staat eine entsprechende finanzielle Basis.

1.2 Bei Beschlussvorlagen des Stadtrates ist immer auch ein Kreuz zu machen, ob Klimaverträglichkeit gewährleistet ist. Für uns scheint das eine lästige Pflichtübung zu sein ohne tatsächliche, realistische Klimafolgenabschätzung. Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass dieser Punkt in Zukunft nachhaltiger abgearbeitet wird?

Die Stadtverwaltung hat ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. „Lästige Pflichten“ gibt es nicht, Pflicht ist immer zu erfüllen. Es ist fatal, wenn die Stadtverwaltung dem Stadtrat nur halbherzig oder nach ideologischer Sichtweise verzerrte Informationen zur Verfügung stellt. Unabhängig von der Frage nach Klimaschutz oder Klimaanpassung, halte ich es für wichtig, dass eine realistische Klimafolgenabschätzung dargelegt wird, solange sie verpflichtend ist. Wenn Kommunen – als Teil des Staates – ihre Aufgaben nicht mehr gewissenhaft erledigt, wie kann dies von Bürgern und Betrieben verlangt werden?

Sollte die Stadt aus personellen oder finanziellen Gründen nicht in der Lage sein, eine faktenbasierte Klimafolgenabschätzung vorzulegen, ist dieses Problem zunächst offen dem Stadtrat mitzuteilen und gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten, z. B. eine zeitweilige Einschränkung der Berichtspflichten innerhalb des gesetzlichen Rahmens sowie Personalumgruppierungen, damit perspektivisch die Pflicht voll erfüllt werden kann.

1.3 Werden Sie jährlich eine sektorale Treibhausgas-Bilanz für die Stadt Worms veröffentlichen und diese mit verbindlichen Zwischenzielen verknüpfen?

Nein. Der Einfluss von Worms auf den Ausstoß von CO₂ und dessen Äquivalenten ist im deutschland- und weltweiten Maßstab unbedeutend. Worms beeinflusst den Klimawandel nicht. Daher halte ich Personaleinsatz und Ausgaben zur bloßen Bilanzierung von gesetzlich nicht vorgeschriebenen Kennzahlen, die nicht einer direkten politischen Steuerung dienen, für verschwenderisch. Mehr als die rechtlichen Vorgaben in diesem Bereich sollte Worms nicht umsetzen.

2. Energie und Wärme

2.1 Kommunale Wärmeplanung: Derzeit wird das Gutachten mit Handlungsempfehlungen erarbeitet. Welche Möglichkeiten sehen Sie für Worms (Fern- und Nahwärme, Flusskraftwerk, Batteriespeicher, Erdwärme, Energiegenossenschaften etc.)?

Die Wormser Möglichkeiten werden hoffentlich in dem Gutachten dargelegt. Diesem greife ich nicht vor. Ich würde mich freuen, wenn der Wormser Stadtrat eine Mehrheit dafür finden würde, die wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zu beschließen und die Maßnahmen abzulehnen, die unwirtschaftlich sind. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, den Beschluss umzusetzen.

2.2 Worms soll seine Stromversorgung bis 2030 zu 100 Prozent über erneuerbare Energien sicherstellen. Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

Das Ziel beschränkt sich auf die Privathaushalte der Stadt Worms. Das Ziel erscheint mir ambitioniert und insgesamt – wegen des wetterabhängigen Charakters der Erneuerbaren – nicht für sinnvoll. Erneuerbare Stromerzeugung gehört für mich selbstverständlich in den Strommix aus verschiedenen Erzeugungsarten. Dazu gehört aber auch eine grundlastfähige Energieerzeugung. Um hohe Redispatch-Kosten (die beim Eingriff in die Erneuerbare Energieerzeugung anfallen, z. B. Abschalten von Windparks bei hohem Produktionsüberschuss) zu vermeiden, kann keine 100-prozentige Versorgung mit Erneuerbaren sinnvoll sein, zumal die installierte Kapazität in diesem Falle weit mehr betragen müsste als die nominal notwendige Leistung.

Der Wohlstand Deutschlands hängt davon ab, dass wir als Politik und Volkswirtschaft die Strompreise senken und die Stromverfügbarkeit zuverlässig gestalten.

3. Mobilität und Verkehr

3.1 Wie wollen Sie die Klimaneutralität 2040/ 2045 bei der Mobilität erreichen und wie wollen Sie den MIV-Anteil deutlich reduzieren? Welche Rolle soll dabei ein verkehrsberuhigter Innenstadtbereich spielen?

So massive Eingriffe in die individuellen Entscheidungen, dass der Mobilitätssektor bis 2040 oder 2045 „klimaneutral“ sein soll, lehne ich als Verfechter der freien Marktwirtschaft ab. Es obliegt den Bürgern und Betrieben zu entscheiden, wie sie bzw. ihre Arbeitnehmer mobil sind.

Aus meiner Sicht ist es Aufgabe der Stadt Worms, einen attraktiven ÖPNV anzubieten und Radwege einzurichten. Mein Ziel ist es, dass jeder die Mobilitätsart wählen kann, die er selbst wünscht.

Entsprechend lehne ich ein generelles Autoverbot in der Innenstadt ab. Insbesondere in Straßen mit vielen Wohnungen und wenig Gewerbe kann der Durchgangsverkehr beschränkt werden, wenn die Verkehrsführung es zulässt.

Auf Hauptstraßen soll eine „Grüne Welle“ eingerichtet werden, so dass sie schneller zu befahren sind als eventuelle Abkürzungen.

3.2 Welche Schritte planen Sie, um den ruhenden Kfz-Verkehr in der Innenstadt einzuschränken und so Fläche für Fuß- und Radverkehr sowie Begrünung und Entsiegelung zurückzugewinnen?

Es ist nicht mein Ziel, Anlieger und Besucher durch weniger Parkplätze in Nähe der Fußgängerzone zu gängeneln. Zur Begrünung eignen sich vor allem die Randgebiete der größeren Plätze, auf denen ohnehin keine Autos parken, wie der Marktplatz vor dem Rathaus oder der Ludwigsplatz. Auch um den Festplatz herum an der B9 ist Platz für Bäume.

3.3 Wie stehen Sie zum Vorschlag, die Nutzung des ÖPNV zumindest an Samstagen kostenfrei bzw. umlagefinanziert zu ermöglichen, um auf diese Weise die Akzeptanz des verbesserten ÖPNV-Angebotes zu steigern?

Die Stadt Mainz hat einen Samstag im Monat zum „Null-Euro-Samstag“ für den ÖPNV erklärt. Innerhalb von Mainz können an diesem Tag die Busse und Straßenbahnen kostenlos genutzt werden. Ziel war vor allem, die Innenstadt zu beleben. Das Ziel wurde in Mainz erreicht.

Vor diesem Hintergrund stehe ich der Idee positiv gegenüber und würde sie gerne in Worms umsetzen.

Daneben ist ein einzelner „kostenloser“ Bustag nicht ausreichend, um einen attraktiven ÖPNV zu bieten. Ich setze mich für ein Modellprojekt ein, wonach die einzelne Busfahrt für Erwachsene einen Euro kostet unabhängig von ihrer Dauer. Damit ist der Einstieg in den ÖPNV preislich niederschwellig. Für das Modellprojekt strebe ich eine Bundes- und/oder Landesförderung an.

3.4 Halten Sie den Bau der Krankenhaustangente noch für notwendig?

Die Krankenhaustangente wird nach dem Abschluss der Südumgehung den Ring um Worms vollenden. Dadurch wird der Durchgangsverkehr in der Innenstadt gesenkt, Fahrzeiten verkürzen sich, lästiger Stop-and-Go wird durch besseren Verkehrsfluss verringert oder ganz vermieden.

Die Krankenhaustangente trägt somit zu einer verbesserten Verkehrslage bei. Im Übrigen meine ich, dass kaum jemand gerne innerorts unnötig Auto fährt. Somit führt ein geschlossener Ring sowie ein verbesserter Verkehrsfluss nicht zu mehr Verkehr, sondern zu flüssigerem Verkehr, weniger Lärm und Abgasen.

4. Bauen und Stadtplanung

4.1 Werden Sie Klimastandards – insbesondere Solarpflicht, Gründachpflicht und Mindestenergiestandard EH40 – für alle neuen Bebauungspläne der Stadt Worms einfordern?

Nein. Mitunter sind solche Standards unwirtschaftlich hoch, zumal die AfD das Ziel verfolgt, Energie jeder Art durch niedrigere Steuern endlich wieder günstiger zu machen, um Bürger finanziell zu entlasten und den Industriestandort Deutschland nicht weiter zu gefährden.

4.2 Wie lauten Ihre konkreten Ziele für die energetische Sanierung städtischer Gebäude bis 2030 und 2035?

Mein Ziel ist es, wirtschaftlich sinnvolle Sanierungen konsequent umzusetzen. Eine energetische Sanierung geht oftmals mit einer Kernsanierung einher. Dafür ist es notwendig, Ausweichflächen für

die Nutzer des zu sanierenden Gebäudes zu schaffen. Meine Idee ist es, dafür einen flexibel nutzbaren Modulbau zu errichten, der über den gesamten Zeitraum genutzt werden kann. Dies ist unter dem Strich günstiger, einfacher zu planen und mit weniger Bürokratie verbunden, als für jedes Sanierungsgebäude eigene Übergangsbauten anzumieten oder gar zu errichten.

4.3 Bekennen Sie sich zum Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung und werden Sie Neubauflächen auf der grünen Wiese begrenzen?

Ja. Die Innenentwicklung erachte ich als eine sinnvolle Art, den Bestand in die Zukunft zu führen. Naturnahe Flächen gilt es zu erhalten. Sie sind als Naherholungsgebiet für Spaziergänger und Radfahrer ohnehin zu wichtig für Worms, als dass sie zugebaut werden dürfen.

Ausnahmen davon bilden neue Gewerbe- und Industrieflächen, sofern durch eine bundesweit bessere Energiepolitik und Bürokratieabbau, wie die AfD es vorsieht, der Standort Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird.

4.4 Wollen Sie das Schwammstadtprinzip verfolgen: also dezentrale Regenwasserversickerung statt Einleitung in die Kanalisation und dies als Standard für die Bauleitplanung verankern – ähnlich wie dies etwa die Stadt Bochum bereits umgesetzt hat?

Ja. Die Schwammstadt gehört zu den von der AfD und mir auf kommunaler Ebene bevorzugten Möglichkeiten, sich dem Klimawandel anzupassen. Sofern Neubaugebiete überhaupt notwendig sind sowie bei bestehenden Plätzen, ist das Schwammstadt-Konzept umzusetzen. Neben den Wirkungen auf das Mikroklima werten Grünflächen und Bäume einen Stadtteil auf.

Insbesondere finde ich die Idee der sogenannten Mini-Wälder, also dichte Baumansiedlungen von 500-1.500 m² Fläche zur Verbesserung des Mikroklimas als zielführend an.

4.5 Wie stellen Sie sich zur Möglichkeit, weitere Flächen auf Wormser Gemarkung für Windenergieanlagen auszuweisen und Repowering zu fördern?

Windräder sind aus meiner Sicht eine unökologische Art der Energieerzeugung. Zum einen hat das Volumen der Stahlbeton-Fundamente von Windrädern inzwischen die Größe von zwei Einfamilienhäusern überschritten. Diese bleiben als Ewigkeitslast im Boden, versiegeln ihn dauerhaft und verunreinigen oft das Grundwasser. Zum anderen setzen Windräder schädliche Chemikalien (sogenannte PFAS) frei. Diese gelten als sehr klimaschädlich, viel mehr als CO₂: 1 kg PFAS entspricht einem Äquivalent von 23.000 kg CO₂.

4.6 Entsiegelung und Begrünung/Bepflanzung von (Park-)Flächen reduzieren die Hitzebelastung in der Innenstadt und binden Kohlendioxid. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in diesem Zusammenhang vorschlagen bzw. befürworten?

Ich bin ein großer Freund von Bäumen. Daher sollen innerstädtisch neue Bäume gepflanzt werden. Überall da, wo städtische Rasenflächen nicht als Spiel- oder Ruhewiesen genutzt werden, soll es mehr Bäume geben. Plätze und Wege sollen entsiegelt werden. Wo mindestens 500 m² öffentliche Grünfläche zur Verfügung stehen, will ich die Idee der Mini-Wälder umsetzen. Private Grundstückseigentümer (einschließlich Eigentümergemeinschaften) sollen daran beteiligt werden,

damit über Grundstücksgrenzen hinweg solche Flächen entstehen. Bäume werben Wohn- und Gewerbegebiete auf.

5. Wirtschaft und Gewerbe

5.1 Braucht Worms ein neues Gewerbegebiet? Wenn ja, in welcher Größenordnung und wo?

Worms hat eine einmalig gute Lage: Es ist das Scharnier zwischen den Metropolregionen Rhein-Neckar und Rhein-Main. Worms liegt im Herzen Europas und ist über die bedeutenden Verkehrswege A 61, dem Rhein sowie Bahnschienen bestens angebunden. Mit dem Flugplatz Worms, dem City-Airport Mannheim sowie dem schnell erreichbaren Frankfurter Flughafen ist Worms auch über die Luft gut zu erreichen. Die Infrastruktur in Worms ist sehr gut.

Diese einmalig gute Lage macht Worms für Industrie und Gewerbe attraktiv. Es liegt an einer ansiedlungsfreudigen Stadtpolitik, dieses Potential zu nutzen. Insbesondere wenn die Bundespolitik durch Bürokratieabbau und niedrigere Energiepreise Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen wird – mit einer AfD-Bundesregierung würde dies endlich geschehen – kann Worms als Gewerbestandort aufblühen. Dafür gilt es zumindest die (bauplanerischen) Voraussetzungen zu schaffen.

5.2 Wenn ein neues Gewerbegebiet kommen sollte: Werden Sie Klimaneutralität, hochwertige Jobs, Einsatz erneuerbarer Energien etc. einfordern?

Ich konzentriere mich auf hochwertige Arbeitsplätze. Diese will ich dadurch schaffen, dass in Worms ein handwerklich-technisches Gymnasium und eine handwerklich-technische Realschule eingerichtet wird, die – nach dem Vorbild des Balthasar-Neumann-Technikums in Trier – eine hervorragende Ausstattung an Maschinen hat. Dadurch erhält Worms gut gebildete junge Menschen, die sich für eine Ausbildung in entsprechenden Betrieben qualifiziert haben. In Zeiten des Fachkräftemangels ist die Schulbildung und Ausbildung der Bevölkerung ein Standortfaktor.

Zum Einsatz von Erneuerbaren Energien und zur Klimaneutralität mache ich als Volkswirt, der von Wettbewerb und unternehmerischem Geist als wirtschaftliche Triebkräfte überzeugt sind, keine Vorgaben. Dies regelt der Markt hinreichend gut.

5.3 Ist es für Sie eine realistische Alternative, statt mehr Gewerbesteureinnahmen anzustreben, Wohnwert und Aufenthaltsqualität in Worms so zu steigern, dass entsprechende Einnahmen durch ein Mehr an Einkommens-/Lohnsteuer - Einnahmen generiert werden (Ziel Wohn-, Einkaufs- und Touristenstadt)?

Einen höheren Anteil an der Einkommensteuer kann de facto nur über eine höhere Einwohnerzahl erreicht werden. Das hängt damit zusammen, dass die Verteilung der Einkommensteuer auf die Kommunen eine Höchstgrenze des zu versteuernden Einkommens von 40.000 Euro (bei Zusammenveranlagung 80.000 Euro) vorsieht. Höhere Einkommen pro veranlagter Person erhöhen den städtischen Anteil an der Einkommensteuer nicht.

Eine für Industrie und Gewerbe attraktive Stadt ist regelmäßig auch eine attraktive Einkaufs- und Wohnstadt. Wo Bürger gutes Geld verdienen – gute Einkommen sind nur durch Arbeitsplätze zu erreichen, nicht durch Sozialhilfe - geben sie dieses wohnortnah aus.

Eine Stadt mit hohen Gewerbesteuerereinnahmen kann sich schön gestaltete Plätze und saubere Parkanlagen, sanierte öffentliche Gebäude und Kultureinrichtungen leisten. Starke Industrie und starkes Gewerbe sind damit eine notwendige Voraussetzung, dass eine Stadt Worms (noch) lebenswerter wird.

6. Bürgerbeteiligung

6.1 Werden Sie als Oberbürgermeister regelmäßig und öffentlichkeitswirksam über den Stand der Klimaschutzbemühungen berichten – mit konkreten Zahlen und realistischer Einschätzung der Zielerreichung?

Nein. Es ist Aufgabe der Fraktionen im Stadtrat, solche Berichte einzufordern und die Ergebnisse aus ihrer Sicht zu bewerten. Hingegen hat die Stadtverwaltung die politische Einstellung der Bürger nicht durch Öffentlichkeitsarbeit zu beeinflussen, sondern durch fassbare Politik und ihre Arbeit zu überzeugen. Eine überbordende Öffentlichkeitsarbeit ist meines Erachtens mit dem Neutralitätsgebot der Verwaltung nicht vereinbar; das dazu notwendige Personal kann entweder sinnvoller eingesetzt oder eingespart werden.

6.2 Unterstützen Sie die Einrichtung eines ehrenamtlichen Klimabürgerrats für Worms, der unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger konkrete Klimaschutzempfehlungen für die Stadt erarbeitet?

Nein. Die Kommunalpolitik soll weiterhin durch den in demokratischer Wahl bestimmten Stadtrat entschieden werden. Sachkundige Bürger können sich über die im Stadtrat sitzenden Parteien bzw. Fraktionen in den Fachausschüssen einbringen. Das ist Wesensmerkmal unserer Demokratie, nicht gewählte Nebengremien sehe ich als unnötig an.

6.3 Unterstützen Sie Energiegenossenschaften und Bürgerbeteiligungen im Bereich Fotovoltaik und Windenergie?

Als Volkswirt stehe ich für die freie Marktwirtschaft ein. Ein Pfeiler der freien Marktwirtschaft ist es, dass Bürger ihre finanziellen Entscheidungen unabhängig von politischem Einfluss oder gar Förderung treffen. Insofern lehne ich den Markt verzerrendes staatliches oder kommunales Handeln – wie einerseits hohe Lenkungssteuern, andererseits Subventionen – grundsätzlich ab. Würde Photovoltaik bzw. Windenergie ohne staatliche Förderung und Garantien wirtschaftlich bestehen, würde sich die Frage nach öffentlicher Unterstützung gar nicht stellen.